Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 11

Rubrik: Position

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

Armeehalbierung – eine trickreiche Umverteilungsinitiative

Dem Schweizer Souverän steht am 26. November erneut ein schwerbefrachteter Urnengang bevor. Neben dem Referendum zum neuen Bundespersonalgesetz locken vier Volksinitiativen mit Versprechungen – zweimal flexibles und *de facto* tieferes Rentenalter, Reduktion der Spitalkosten und Sparen beim Militär zugunsten von Friedensarbeit und Ersatz von Arbeitsplätzen –, deren finanzielle, wirtschaftliche und politische Auswirkungen jedoch von Bundesrat und Parlament als untragbar und schädlich beurteilt werden. Fünfmal «Establishment» gegen «Opposition» also, und zwar in durchwegs komplexen Politikfeldern. Für Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die sich nicht einfach an Parolen und Schlagzeilen orientieren, sondern sich selbst ein Bild machen wollen, zum vierten Mal in diesem Jahr eine nahrhafte Aufgabe.

Wie vielfältig und auch wie trickreich derartige oppositionelle Volksbegehren daherkommen können, lässt sich am Beispiel der sogenannten Umverteilungsinitiative – «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» – veranschaulichen, die im Grunde genommen die verfassungsmässige Kompetenzordnung genau so unterläuft wie ihre als ungültig erklärte Vorgängerin. Was gäbe das für ein Geheul auf der Linken, wenn solche in der Verfassung festgeschriebene willkürliche Budgeteingriffe in anderen Bereichen gefordert würden! Auf den ersten Blick wiederholt sich das Ritual der Initiativen gegen die Landesverteidigung – bis hin zur Abschaffung der Armee. Auf dieser Ebene findet denn auch der Aufmarsch der Gegner statt. Ihr Handicap besteht darin, dass sie sich für eine im Umbruch befindliche Armee, die noch keine klaren Konturen hat, wehren müssen. Auf der anderen Seite können sie auf die in den letzten Jahren vorgenommenen Anpassungen der Sicherheitspolitik an die internationale Lage hinweisen, die neue Akzente gerade in der internationalen Zusammenarbeit zur Konfliktverhütung und Friedensförderung gesetzt hat. Gleichzeitig wurden im Bereich der militärischen Landesverteidigung erhebliche Einsparungen erzielt.

Die Initianten könnten dieser Entwicklung applaudieren und sich daran einige Verdienste anrechnen lassen. Sie müssten aber erkennen, dass ihr Konzept, das den Geist der achtziger Jahre widerspiegelt, überholt ist und eine völlig kontraproduktive Konfrontation provoziert. Mehrere Voten der im Parlament geschlossen auftretenden SP-Prominenz verrieten denn auch ein spürbares Unbehagen. Aber so leicht lässt man sich die Gelegenheit einer populistischen Aktion nicht entgehen. Zum einen lässt sich der pazifistische Flügel nicht davon überzeugen, dass die von dieser Seite angestrebten Ziele Bestandteile einer umfassenden Sicherheitspolitik sein müssten – lieber verbündet man sich mit der Auns in der Opposition gegen bewaffnete Auslandeinsätze. Zum andern sind die aus der Halbierung der Militärausgaben resultierenden Milliarden, die eben nicht gespart, sondern für andere Zwecke umverteilt werden sollen, zu verführerisch, auch für traditionelle Sozialdemokraten und Grüne. Mit einer Milliarde sollen die durch die Radikalkur eliminierten durch neue Arbeitsplätze ersetzt werden – wie und wo der Staat dies bewerkstelligen soll, bleibt im Dunkeln. Ebenso die Verwendung von Hunderten von Millionen für Friedensarbeit und generell für Soziales. Mit der grossen Kelle, aber ohne begründete Vorstellungen wird hier durch einen Verfassungsartikel Geld in Aussicht gestellt – notabene ein Mehrfaches dessen, was für die Solidaritätsstiftung vorgesehen ist –; man kann sich die homerischen Budgetdebatten aufgrund solcher unklaren und unseriösen Vorgaben lebhaft vorstellen.

Wie immer bei Abstimmungskämpfen ist es unmöglich, die in diese Initiative mitverpackten fragwürdigen Finessen und Hintergedanken im Detail auszuleuchten und darüber zu debattieren. Letztlich wird es auf einen Schlagabtausch für und gegen die Armee hinauslaufen. Die Initianten dürfen sich nicht beklagen, dass gegen ihre Provokation einer halbierten Armeeabschaffung ebenso grobes Geschütz aufgefahren wird. Wollte man nämlich differenzieren, müsste man von einer Mogelpackung sprechen. ✦